



CDU-Fraktion im Rat der Stadt Leverkusen

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Leverkusen

---

## **Kooperationsvereinbarung zwischen CDU- und SPD-Fraktion im Rat der Stadt Leverkusen**

Die CDU-Stadtratsfraktion Leverkusen und die SPD-Stadtratsfraktion Leverkusen vereinbaren eine dauerhafte Kooperation auf allen Gebieten der Kommunalpolitik bis zum Ende der Wahlperiode im Jahre 2009. CDU und SPD gehen davon aus, dass nur durch stabile und berechenbare Mehrheitsverhältnisse innerhalb des Stadtrates eine langfristig solide und erfolgreiche Arbeit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger Leverkusens möglich ist.

Dabei entspricht es demokratischem Selbstverständnis, die übrigen im Rat vertretenen Parteien zu motivieren, sich den gemeinsamen Zielen der beiden Kooperationspartner anzuschließen.

In dieser Kooperationsvereinbarung dokumentiert sich nicht nur der Wille zur Zusammenarbeit, es werden allgemeine Ziele und konkrete Entscheidungsvorgaben für wichtige kommunalpolitische Themenfelder festgehalten.

Es wird ein Kooperationsausschuss eingerichtet, um auch zukünftig einvernehmliche Entscheidungen herbeiführen zu können.

## **1. Öffentliche Finanzen, Bürgergesellschaft und kommunale Selbstverwaltung**

Auch wenn wir wissen, dass eine nachhaltige Verbesserung der städtischen Haushaltssituation nur in Verbindung mit einer deutlich wachsenden Wirtschaftsentwicklung in Deutschland stattfinden kann, so sehen CDU und SPD eine ihrer Hauptaufgaben darin, den für Leverkusen möglichen Anteil an einer Reduzierung der Schuldenneuaufnahme zu leisten.

Unter der Prämisse, die Eigenständigkeit der Stadt Leverkusen zu stärken, setzen wir den Weg des Sparens und der Verwaltungsoptimierung, forciert auch durch die Kienbaum-Überlegungen, konsequent fort. Die unterzeichnenden Fraktionen verpflichten sich, auch über die bisher vorgelegten Einsparungsvorschläge hinaus im laufenden Jahr weitere Konsolidierungsschritte zu vereinbaren. Dabei nehmen wir die Bürgerinnen und Bürger mit in die Pflicht, künftig Aufgaben wieder selbst zu übernehmen, um der Verschuldung der Stadt entgegenzuwirken. Hier gibt es zahlreiche positive Ansätze, u. a. bei der LAGA und im Büchereiwesen. Ziel muss eine selbstbewusste und selbstverantwortliche Bürgergesellschaft sein.

Parallel dazu verstärken wir unsere Bemühungen, die uns möglichen Einnahmeverbesserungen auch zu erzielen – vor allem im Bereich der Wirtschaftsförderung –, um weggefallene Arbeitsplätze zu ersetzen und vorhandene Arbeitsplätze zu erhalten. Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen haben oberste Priorität, weil nur die wertschöpfende Arbeit Quelle eines dauerhaften Wohlstandes sein kann.

Es ist selbstverständlich, dass CDU und SPD in schwierigen Zeiten die jeweiligen ‚Nothaushalte‘ gemeinsam tragen.

## 2. Stadtentwicklung

- Die Neukonzeption der Stadtmitte Wiesdorf muss als letzte Chance der Stadt zu einem guten Ende geführt werden.
- Es bleibt bei der Raumbelugung des „erkennbaren Rathauses“ mit Oberbürgermeister, Fachbereichen 01, Frauenbüro, Rat und Bürgerbüro.
- Die mit der „Neuen Bahnstadt Opladen“ verfolgten Ziele werden – unter Finanzierungsvorbehalt – weiterverfolgt. Das eigentliche Bahngelände muss in erster Linie für Gewerbe / Dienstleistungen erhalten bleiben.
- Der Flächennutzungsplan ist nach ausführlicher öffentlicher Diskussion und bürgerschaftlicher Beteiligung in Form der Verwaltungsvorlage umzusetzen.
- Die WFL ist so zu strukturieren, dass sie effizient arbeiten kann.
- Gründung der TBL als Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) zum 1.1.2007
- Umwandlung der AGL in eine AöR in Absprache mit der Agentur für Arbeit.
- Verständigung über wesentliche Geschäftsvorfälle in städtischen Gesellschaften.
- Bei Wahrung der Eigenständigkeit der Stadt Leverkusen wird eine interkommunale Zusammenarbeit aus organisatorischen und ökonomischen Gründen gesucht. Bei strukturellen Veränderungen ist zu prüfen, ob sie die kommunale Selbstständigkeit fördern oder beschädigen.

### **3. Bildung, Erziehung und Ausbildung**

Bei aller Notwendigkeit, auch in diesem Bereich die Ausgaben zu überprüfen und zu reduzieren, stehen wir zur bildungspolitischen Verantwortung der Stadt Leverkusen im Rahmen ihrer kommunalen Aufgaben. Die Leverkusener Bildungseinrichtungen haben einen hohen Standard und brauchen keinen Vergleich zu scheuen.

Gleichzeitig ist uns bewusst, dass der Schulerfolg von Kindern und Jugendlichen nicht ausschließlich von staatlicher Seite zu steuern ist. Schülerinnen und Schüler müssen die vorhandenen schulischen Angebote nutzen - zu ihrem eigenen Wohl, aber auch im Interesse der Gesellschaft. Notwendig dafür sind eine bildungsbewusste Gesellschaft, die den Stellenwert von Schule und Lehrern honoriert, und Eltern, die ihre Erziehungsverantwortung wahrnehmen und ernst nehmen.

Für die Schulen erwarten wir von der Landesregierung wirklich größere Freiheit und Selbstständigkeit, die Lernziele zu erreichen, und zwar ohne zusätzliche bürokratische Einengung.

Obgleich die Schulbibliotheken einen wichtigen Beitrag im Rahmen des Bildungsauftrags der Schulen leisten, wird die Stadt diese personell nicht mehr im bisherigen Umfang unterstützen können. Wie an anderen Schulen ist nach Alternativen zu suchen; wenn möglich ist das Land in die finanzielle Pflicht zu nehmen.

Aus pädagogischen und arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten ist eine verlässliche Beschulung, ergänzt durch eine qualifizierte Betreuung der Schülerinnen und Schüler notwendig. Besonderer Handlungsbedarf wird z.Zt. für die Grund- und Hauptschulen gesehen. Ebenso hat die Stadt die erforderlichen Kindergärten zu betreiben bzw. zu unterstützen. Dabei ist es wichtig, Kindergärten verstärkt als Orte der Erziehung und Bildung anzuerkennen, die u. a. einen wichtigen Beitrag zur sprachlichen Entwicklung der Kinder leisten.

Auch auf die Nachfrage der Betreuung von Kindern unter drei Jahren muss die Stadt Antworten finden. Neben der Betreuung durch Tagesmütter sind weitere Angebote notwendig. Finanzielle Ressourcen, die durch den Wegfall der Hortplätze freierwerden, müssen für Kindergärten und Betreuung der unter Dreijährigen eingesetzt werden.

#### **4. Kultur**

Die Kultur ist ein wesentlicher Faktor der Eigenständigkeit einer Stadt. Daher sind die kulturellen Einrichtungen zu erhalten. Sparmaßnahmen sind wie beschlossen umzusetzen.

- Die KSL bleibt mindestens bis zur Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (kaufmännische Buchführung) in der Verwaltung im Jahr 2008 in der bisherigen Form erhalten.
- Auch nach Kienbaum ist das Forum vorrangig Stätte der Kultur.
- Die Stadtbibliothek Leverkusen bleibt institutionell selbstständig. Das ursprüngliche Konzept wird umgesetzt.
- Reduzierung des städtischen Personals in den Stadtteilbibliotheken bei Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements zum Erhalt von Bibliothekseinrichtungen vor Ort.

#### **5. Sport und Freizeit**

Leverkusen ist Sportstadt, im Spitzensport international und national bekannt durch Bayer, aber auch der Breitensport ist bei uns von großer Bedeutung. Wie bei der Kultur werden beim Sport die notwendigen Kürzungen umgesetzt.

- Grundsätzlich stehen Wilhelm-Dopatka-Halle und Eissporthalle zur Disposition. Bezüglich der Eissporthalle wird man sehen müssen, wie die Vorschläge der Sportverwaltung greifen.
- Für Sportplätze mit nur geringer Nutzung ist innerhalb eines Jahres eine neue Konzeption zu erarbeiten.
- Das Bäderkonzept wird wie vom Rat beschlossen umgesetzt.
- Zur Verbesserung der Finanzierung der Sportanlagen ist eine höhere Kostenbeteiligung durch die Nutzer unvermeidlich.

#### **6. Freie Träger**

Freie Träger leisten in einer pluralen Gesellschaft wichtige und unverzichtbare Beiträge. Wir sind für die Zukunft noch stärker als bisher auf das bürgerschaftliche Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger angewiesen.

Der bereits verfolgte Ansatz zur Förderung von Maßnahmen und Angeboten – weg von pauschalen, hin zu leistungs- und wirkungsorientierten Zuschüssen – muss konsequent weitergeführt werden. Der erforderliche Abbau von Zuschüssen muss mit Blick auf eine notwendige qualifizierte Arbeit und die Mitarbeiter der Träger umgesetzt werden.

## 7. Verwaltung: Mitarbeiter

Seit vielen Jahren betreiben wir gemeinsam mit den Mitarbeitern eine Umstrukturierung der Verwaltung mit Blick auf höhere Effizienz. Das hat auch Kienbaum zu Beginn der Untersuchungen festgestellt. Wo sich weitere Optimierungsmöglichkeiten zeigen, müssen diese umgesetzt werden, auch in der internen Kommunikation innerhalb der Verwaltung.

Die Optimierung des Verwaltungshandelns ist gleichsam Daueraufgabe.

- Es bleibt beim Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen.
- Es bleibt beim beschlossenen Stellenabbau von mindestens 200 Vollzeitstellen in den kommenden Jahren.
- Die Kooperations-Partner setzen sich dafür ein, dass die strukturellen Sparmaßnahmen, die bei den Beamten per Gesetz vorgenommen wurden sind, auch im Bereich der übrigen Beschäftigten in vergleichbarer Form umgesetzt werden.
- Es ist zu überprüfen, ob künftig Lohnsteigerungen durch Reduzierungen der Arbeitszeit kompensiert werden.
- Vor der Wiederbesetzung von Stellen muss überprüft werden, ob die Eingruppierung der Stelle ihren Anforderungen entspricht oder geändert werden kann.

In weiteren kommunalpolitischen Fragen, die durch die obige Vereinbarung nicht einvernehmlich geklärt wurden, wird im Laufe des Jahres zwischen den unterzeichnenden Fraktionen ein Konsens angestrebt.

Leverkusen den 18. Januar 2006

Rh. Klaus Hupperth  
Vorsitzender der CDU-Fraktion  
im Rat der Stadt Leverkusen

Rh. Dr. Walter Mende  
Vorsitzender der SPD-Fraktion  
im Rat der Stadt Leverkusen